

Antrag

der Abgeordneten Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Birgitt Bender, Alexander Bonde, Dr. Uschi Eid, Thilo Hoppe, Ute Koczy, Kerstin Müller (Köln), Winfried Nachtwei, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Rainer Steenblock, Jürgen Trittin, Margareta Wolf (Frankfurt) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die EU-Zentralasienstrategie mit Leben füllen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Pläne der Bundesregierung, in ihrer EU-Ratspräsidentschaft die Verabschiedung einer EU-Zentralasienstrategie herbeizuführen. Die fünf Staaten Zentralasiens Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan sind für Deutschland und die EU von besonderer Bedeutung. Dies betrifft sowohl ihre geopolitische Lage und die Bereiche Energie, Terrorismusbekämpfung, den Kampf gegen den internationalen Drogenhandel, die Eindämmung von Epidemien und den Umweltschutz als auch die Stabilität und Sicherheit der gesamten Region.

Übergeordnetes Ziel der angekündigten Zentralasienstrategie soll nach Aussage der Bundesregierung die Förderung von Sicherheit und Stabilität in Zentralasien sein. Der Deutsche Bundestag begrüßt diese Initiative. Zentralasien ist eine Region mit großen Potentialen, aber auch großen Problemen. Ein partnerschaftlicher Ansatz zur Zusammenarbeit mit der Region und ein dem zugrunde liegendes kohärentes Konzept sollten dabei sowohl die Chancen und Probleme bezogen auf die Region Zentralasien ansprechen als auch länderspezifische Ansätze beinhalten. Nach wie vor existiert keine umfassende Zusammenarbeit zwischen den fünf Staaten, jedes Land verfolgt in erster Linie seine eigenen Interessen. Die Vertiefung der regionalen Zusammenarbeit kann nach Erkenntnissen des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen einen großen Beitrag zur politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Region leisten. Daher sollte regionale Kooperation von Seiten der EU gefördert werden, denn die zentralen Herausforderungen in den Bereichen Wasserverteilung, Drogenbekämpfung, Umweltschutz, Gesundheitswesen und Transport lassen sich nur regional lösen. Daneben sollte die EU jedoch auch gezielte Projekte bezogen auf die einzelnen Länder entwickeln, die ihren jeweiligen Besonderheiten und politischen Strukturen gerecht werden.

Von entscheidender Bedeutung für eine effektive Zentralasienpolitik der EU ist die klare Benennung ihrer Ziele und Interessen sowie der Instrumente zur ihrer Durchsetzung. Entgegen der Koalitionsvereinbarung, in der Zentralasien mit nur einem Satz erwähnt wird, sollte die Bundesregierung sich in ihrer EU-Ratspräsidentschaft dafür einsetzen, dass die EU ein deutliches Interesse an starken,

rechtsstaatlichen und souveränen zentralasiatischen Staaten vermittelt und bereit ist, sich dafür langfristig zu engagieren.

Zentralasien ist eine für die EU äußerst interessante Wirtschaftregion, die sich mit einem Wachstum von knapp 10 Prozent jährlich dynamisch entwickelt. In der Region befinden sich etwa 4 Prozent aller fossilen Weltenergieserven. Zentralasien verfügt vor allem über Erdgas, Erdöl und Gold. Die Bedeutung Zentralasiens als Beschaffungsmarkt für Energieträger und mineralische Rohstoffe wird für die Versorgungssicherheit Deutschlands und der EU weiter wachsen. Dazu kommt ein Verbrauchermarkt mit ca. 56 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern, der insbesondere an deutschen Produkten ein ausgeprägtes Interesse hat. Kasachstan stellt derzeit für die EU den wichtigsten Handelspartner unter den fünf zentralasiatischen Staaten dar. Neben einer Ausrichtung auf die EU pflegen alle fünf Staaten enge bilaterale Handelsbeziehungen zu Russland. Zudem wächst die Bedeutung anderer Partner wie China, die USA, Japan und Iran. In der Region nimmt die Erkenntnis der Bedeutung von regionaler Kooperation zu; von besonderem Gewicht sind hier die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft und die Shanghai Cooperation Organization (SCO), in der neben den zentralasiatischen Staaten auch Russland und China vertreten sind. Die EU sollte bei diesen Prozessen nicht abseits stehen, sondern Wege ausloten, um sich aktiv in die Kooperationen einbringen und u. a. auch direkten Kontakt zu Russland und China über Fragen von Interessen in Zentralasien suchen.

In allen fünf Ländern haben sich die Rahmenbedingungen für ein langfristiges wirtschaftliches Engagement in den letzten Jahren zwar gebessert, sind aber nach wie vor alles andere als zufriedenstellend. Besondere Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung stellen dabei die weit verbreitete Korruption, eine schwache Verwaltung, damit verbundene intransparente Entscheidungen und ein insgesamt hoher Managementaufwand dar. Der Handel, auch mit Staaten der EU, wird massiv erschwert durch schlechte Transitbedingungen, vor allem Verzögerungen an den Grenzen aufgrund langwieriger Verwaltungsprozesse bis zur Zollfreigabe. Widersprüchliche rechtliche Vorgaben tragen nicht zur Steigerung des Investitionsklimas bei. Die weit verbreitete Armut ist nicht nur ein politischer und sozialer, sondern auch ein wirtschaftlicher Risikofaktor. Im Human Development Report der Vereinten Nationen (VN) von 2005 rangieren die fünf Länder zwischen dem 80. und 122. Platz auf der Skala. Besonders in Tadschikistan und Kirgisistan herrscht extreme Armut, 65 Prozent bzw. 70 Prozent leben von weniger als 2,15 US-Dollar am Tag. Die Arbeitslosigkeit ist in allen fünf Ländern hoch. Auch die sehr schlechte Grundbildung sowie eine unzureichende höhere Bildung hemmen das Wirtschaftswachstum. Die staatliche Vorschulbildung ist in fast allen Ländern in desaströsem Zustand. Höhere Bildung leidet unter mangelhaften, veralteten Curricula. Dazu kommen Probleme wie Überzentralisierung, Korruption und eine schlechte Ausbildung sowie Finanzierung von Lehrerinnen und Lehrern.

Die wesentlichsten Entwicklungshemmnisse für die Wirtschaft und für ausländische Investitionen sind jedoch die politische Instabilität, die mangelnde Rechtsstaatlichkeit und die insgesamt besorgniserregende Menschenrechtssituation in der Region. Die gravierend schlechte Menschenrechtssituation betrifft insbesondere den Schutz vor Misshandlungen und Folter, das Justizwesen, die Meinungs- und Pressefreiheit und das Versammlungs- und Vereinigungsrecht. Die Todesstrafe ist noch nicht in allen Ländern vollständig abgeschafft. Nichtregierungsorganisationen sowie Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger sind harschen Restriktionen und Verfolgung ausgesetzt. Der Deutsche Bundestag begrüßt daher, dass die Bundesregierung dem Thema Menschenrechte eine zentrale Rolle im Rahmen der EU-Zentralasienstrategie einräumen will. Kommissionentwürfe zur zukünftigen Zentralasienpolitik der EU, die die Abkehr von einer menschenrechtsorientierten Politik propagieren und eine Partnerschaft zwischen der EU und Zentralasien auf Fragen der Sicherheit und der Ressourcen

beschränken wollen, weisen in die falsche Richtung. So wichtig und unterstützenswert eine enge Zusammenarbeit in diesen Bereichen ist, so notwendig ist zugleich eine konsequente und abgestimmte konkrete Förderung von rechtsstaatlichen Strukturen und Menschenrechten als stabilisierendem Faktor. Dabei muss die EU auch für die Bereiche der Rechtsstaatsförderung und der Menschenrechtspolitik konkrete Ziele, Kriterien und klare Zeiträume festlegen und ihre Menschenrechtspolitik auf die Besonderheit jedes der Länder zuschneiden, von z.T. enger Zusammenarbeit bis hin zu konkreten Konditionen. Eine transparente Programmplanung mit klarer Mittelzuweisung sollte elementarer Bestandteil der neuen Zentralasienstrategie sein. Insbesondere sollte deutlich werden, mit welchen Maßnahmen und welcher finanziellen Ausstattung die EU die Umsetzung ihrer Menschenrechtsleitlinien in der Region voran bringen will. Relevant für die Beziehungen zu Zentralasien sind dabei insbesondere die Leitlinien zur Todesstrafe, zur Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe, zu Dialogen im Bereich Menschenrechte und zu Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern. Die Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKAs) zwischen der EU und allen fünf zentralasiatischen Staaten – die Ratifizierungen Tadschikistans und Turkmenistans stehen noch aus – beinhalten daneben die Möglichkeit, zu den Kooperationsräten Unterausschüsse für Menschenrechte zu bilden. Dies sollte für alle fünf zentralasiatischen Staaten geprüft und im Rahmen der Zentralasienstrategie umgesetzt werden.

Die EU sollte im Bereich der Rechtsstaatsförderung die Zusammenarbeit mit den VN, dem Europarat und der OSZE vertiefen. Gerade die OSZE, der alle Staaten Zentralasiens angehören, hat eine wichtige Verbindungsfunktion zwischen der EU und Zentralasien. Dieses Potential wird aber nicht ausgeschöpft. Das OSZE-Zentrum in Aschgabat ist seit Jahren kaum mehr arbeitsfähig. Das OSZE-Zentrum in Taschkent wurde auf Druck der usbekischen Regierung reduziert auf einen Projektkoordinator. Das Mandat des OSZE-Zentrums in Kasachstan wurde von der Regierung in Almaty zunächst nur bis Mitte 2007 verlängert. Kirgisistan hat bereits angekündigt, die Frage der Verlängerung eines umfassenden Mandats des Zentrums erneut prüfen zu wollen. Im „Astana Appell von GUS Staaten an OSZE Partner“ haben Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan sich u. a. gegen den Fortbestand unabhängiger OSZE-Wahlbeobachtung gestellt. Die EU sollte sich in ihrer Politik gegenüber den zentralasiatischen Staaten deutlich für unabhängige Wahlbeobachtung und unabhängige institutionelle Beobachtung von Menschenrechtsverletzungen in der Region einsetzen. Kasachstan bewirbt sich um den OSZE-Vorsitz für das Jahr 2009. Der OSZE-Vorsitz ist eine Führungsrolle im Rahmen der Organisation mit Verantwortung und Autorität. Das Land, das den Vorsitz innehat, sollte die Werte und Verpflichtungen der OSZE repräsentieren. Kasachstan muss jetzt zeigen, dass es zur Übernahme solcher Verantwortung bereit und in der Lage ist. Neben sichtbaren nationalen Fortschritten in der Umsetzung der OSZE-Standards müsste Kasachstan auch zeigen, dass es bereit und in der Lage ist, in der OSZE eine aktive Rolle zur Beförderung des wertvollen OSZE-acquis zu spielen.

Ein weiterer Bestandteil der EU-Zentralasienstrategie muss eine klare sicherheitspolitische Zielsetzung sein. Bedeutung in dieser Hinsicht kommt der Region auch wegen der Nachbarschaft zu Afghanistan zu – ein Stabilitätsaufbau in Afghanistan kann nicht ohne Stabilität in Zentralasien gelingen. Ein großes Problem, das in der Zentralasienstrategie aufgegriffen werden muss, ist der Drogen- und Menschenhandel und eine wachsende organisierte Kriminalität. Darüber hinaus sollte sich die Politik der EU gegenüber Zentralasien mit der Bildung islamistischer Gruppierungen, insbesondere auch mit der politischen Instrumentalisierung dieses Feindbildes in der Region auseinandersetzen. Ein gravierendes Sicherheitsproblem zum Beispiel im usbekischen Ferghanatal (An-

dijan) ist, dass wirtschaftlich-soziale Not in der Bevölkerung als Ursache für gesellschaftliche Unruhe nicht angegangen wird. Statt grundlegende Reformen anzugehen, werden islamistische Feindbilder aufgebaut und Reformkräfte in der Zivilgesellschaft politisch verfolgt. Dies schafft einen Nährboden für radikale Kräfte. Ziel der EU-Zentralasienstrategie sollte deshalb auch sein, die Einbindung moderater islamischer Akteure zu fördern, die großes Ansehen genießen und eine wichtige Mittlerfunktion wahrnehmen. Neben Wirtschafts- und Sozialreformen kommt es auch darauf an, ein Angebot öffentlicher Grundbildung für die breite Bevölkerung zu sichern. Die Versäumnisse des Bildungssystems werden zunehmend von Koranschulen ausgeglichen. Um den Islamismus nicht noch weiter zu stärken, brauchen die zentralasiatischen Länder daher Unterstützung bei einer modernen laizistischen Grundbildung.

Landminen stellen nach wie vor ein gravierendes Problem in der gesamten Region dar, viele der Grenzregionen zwischen den Staaten sind noch vermint.

Tadschikistan und Turkmenistan sind zwar Mitglieder der Ottawa Konvention, die anderen drei zentralasiatischen Staaten jedoch nicht. In Tadschikistan gibt es zwar ein Programm zur Minenbeseitigung, das aber unterfinanziert ist.

Usbekistan hatte 2004 in informellen Konsultationen die Bereitschaft signalisiert, das Thema Minenbeseitigung anzugehen. Inwieweit Usbekistan in den letzten Jahren Minen geräumt hat, ist allerdings nicht bekannt. Usbekistan verweigert jede offene Diskussion. Unklar ist auch, inwieweit die von usbekischer Seite gelegten Minen überhaupt markiert sind.

Ein wichtiges Thema für die gesamte Region ist das Management der Wasserressourcen. 15 Prozent bis 40 Prozent der Menschen in Zentralasien haben keinen Zugang zu sauberem Wasser. In diesem Zusammenhang kommt Wiederaufforstungsprojekten für die Gebirgswälder insbesondere in Tadschikistan große Bedeutung zu. Diese Thematik erhält durch den Klimawandel eine noch größere Dringlichkeit. Neben den fossilen Energierohstoffen sind die in den gewaltigen Gletschersystemen des Tien-Schan und Pamir gebundenen Süßwasservorräte das wertvollste Gut Zentralasiens, das angesichts der globalen Wasserkrise auch ökonomisch immer mehr an Bedeutung gewinnt. Die dort beginnende Gletscherschmelze verringert die Wasserkraftleistung der für Tadschikistan sehr wichtigen Stauseen und lässt auch die Wassermenge der wichtigsten Flüsse Zentralasiens (Syr Darja und Amur Darja) drastisch sinken. Dadurch erhöht sich die Wahrscheinlichkeit von Wasserkonflikten zwischen den Staaten. Mit der Sowjetunion ist auch die Kooperation der Staaten im Wassersektor zerbrochen. Insbesondere sollte der Aufbau gemeinsamer Wasser-Management-Institutionen und eines harmonisierten rechtlichen Regelungswerks weiter vorangetrieben werden.

In Zentralasien geht der Rohstoffabbau häufig einher mit Umweltverschmutzung und der Missachtung ökologischer Standards. Diese widersprechen einem nachhaltigen Energieversorgungssystem. Allein durch Maßnahmen der Energieeinsparungen und Verbesserungen der Energieeffizienz kann der Energieverbrauch in den zentralasiatischen Ländern deutlich gesenkt werden. Im Rahmen der EU-Zentralasienstrategie sollte insbesondere die Solarenergie gefördert werden, denn für die dünnstbesiedelten ländlichen Gebiete in Zentralasien ist eine rein zentrale Stromversorgung nicht sinnvoll. Zudem ist das Potenzial für Sonnenenergie mit über 300 Sonnentagen im Jahr und großflächigen, anderweitig nicht nutzbaren Wüstengebieten groß.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung in ihrer EU-Ratspräsidentschaft auf,

1. sich für eine kohärente EU-Zentralasienstrategie einzusetzen, die neben einem regionalen auch länderspezifische Ansätze beinhaltet;

2. alle Möglichkeiten auszuloten für eine Zusammenarbeit der EU mit Wirtschaftskooperationen wie der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Shanghai Cooperation Organization (SCO);
3. den Ausbau der Infrastruktur in den zentralasiatischen Ländern und der gesamten Region zu fördern;
4. sich für gute Regierungsführung und eine nachhaltige Korruptionsbekämpfung in den zentralasiatischen Staaten einzusetzen;
5. konkrete Programme zur Förderung des Verwaltungs- und Institutionenaufbaus zu unterstützen;
6. der Armutsbekämpfung im Rahmen der Zentralasienstrategie eine maßgebliche Rolle einzuräumen;
7. sich im Bereich des Umweltschutzes und der nachhaltigen Ressourcennutzung für die Aufnahme von Projekten insbesondere zur Wiederaufforstung und zum Kapazitätsaufbau im technischen Umweltschutz einzusetzen;
8. eine stärkere regionale Kooperation der zentralasiatischen Länder untereinander zu unterstützen, insbesondere im nachhaltigen Wassermanagement und Bildungswesen;
9. die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit im Wassersektor in der Entwicklungszusammenarbeit auszubauen;
10. sich für Maßnahmen der Energieeffizienz, der Energieeinsparungen und zur Förderung von erneuerbaren Energien (insbesondere Solarenergie) einzusetzen;
11. die Förderung von Bildungs- und Gesundheitsinfrastruktur zu Schwerpunkten der Zusammenarbeit der EU mit den zentralasiatischen Staaten zu machen;
12. den Ausbau von gezielten Stipendienprogrammen für Studierende aus Zentralasien in der EU voranzutreiben;
13. die OSZE-Akademie in Bischkek zu unterstützen und als akademische Institution und Bildungs- und Trainingszentrum in der Region weiter auszubauen;
14. sich dafür einzusetzen, dass in der EU-Zentralasienstrategie eine klare inhaltliche und finanzielle Programm- und Projektplanung für den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen und der Förderung von Menschenrechten vorgenommen wird;
15. in der EU-Zentralasienstrategie dem Thema Menschenrechte eine zentrale Rolle zuzuweisen und die Kooperation in anderen Sektoren mit der Entwicklung im menschenrechtlichen Bereich in den einzelnen Ländern in Beziehung zu setzen;
16. insbesondere gegenüber den EU-Partnern darauf zu bestehen, dass gezielte und auf die einzelnen Länder zugeschnittene Projekte zur Umsetzung der EU-Menschenrechtsleitlinien in den Bereichen Todesstrafe, Folter und Misshandlung, Menschenrechtsdialoge und Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger konzipiert und umgesetzt werden;
17. dabei ein Benchmarking für die Menschenrechtsdialoge mit den zentralasiatischen Staaten zu entwickeln, das klare Zielvereinbarungen in inhaltlicher und zeitlicher Hinsicht festlegt;
18. zum Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern Programme zur Förderung und Ausbildung von Journalistinnen und Journalisten zu unterstützen und unbürokratische kurzfristige Aufnahmemöglichkeiten

- ten bedrohter Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger in den Mitgliedstaaten der EU zu gewährleisten;
19. sich gemeinsam mit den EU-Partnern im Rahmen der PKAs für die Einsetzung von Unterausschüssen zu Menschenrechten einzusetzen;
 20. sich gegen eine weitere Aufhebung von EU-Sanktionen gegenüber Usbekistan einzusetzen, solange Usbekistan keine wesentlichen Verbesserungen der Menschenrechtsslage im Land umsetzt;
 21. dafür einzutreten, dass das Thema Minenräumung in die EU-Zentralasienstrategie aufgenommen wird, Programme zur Minenräumung unterstützt werden und der Beitritt von Kasachstan, Kirgisistan und Usbekistan zur Ottawa Konvention voran getrieben wird;
 22. sich gegenüber den EU-Partnern für die bessere finanzielle und personelle Ausstattung der EU field offices in Zentralasien einzusetzen;
 23. die engere Kooperation zwischen der EU und der OSZE in Zentralasien voranzutreiben und dabei insbesondere gemeinsam mit den EU-Partnern für den Erhalt der OSZE-Zentren und den Fortbestand unabhängiger Wahlbeobachtung in den zentralasiatischen Staaten einzutreten;
 24. die OSZE als Plattform für ein stärkeres Engagement der EU in der Region zu nutzen und zum Beispiel die Zusammenarbeit der EU mit der OSZE im Bereich Grenzmanagement in Zentralasien zu vertiefen.

Berlin, den 27. März 2007

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

